

STANDPUNKT

Ohne Aktien keine Altersvorsorge

Von Andree Moschner

Der Dorothea Mohn von der Verbraucherzentrale Bundesverband hat in der F.A.Z. einen Vorschlag zur privaten Altersvorsorge gemacht. Ihr Fazit: Deutschland braucht ein Standardprodukt. Der Staat soll übernehmen und seinen Bürgern eine uniforme Standardlösung anbieten. Die Versicherungswirtschaft lehnt ein zusätzliches staatliches Altersvorsorgeprodukt ab – dennoch gibt es in großen Teilen Zustimmung. Die private Altersvorsorge darf nicht allein dem Markt überlassen bleiben, der Staat muss diese enger begleiten, außerdem können staatliche Standards Vertrauen schaffen.

Das Ziel eines gesicherten Lebensabends wird von der privaten Altersvorsorge systematisch verfehlt. Die bisherigen Ansätze, auch die Riester-Rente, haben daran wenig geändert. Nur sollte daraus nicht der Schluss gezogen werden, die Privatwirtschaft habe versagt. In Deutschland schwingt das Pendel zu schnell vom vermeintlichen Marktversagen in Richtung: „Dann muss es halt der Staat machen.“ Es ist noch viel Luft nach oben, um Organisation und Umsetzung der privaten Altersvorsorge zu verbessern, dem Markt eine bessere Chance zu geben. Und schließlich ist auch ein mögliches Staatsversagen kritisch zu sehen.

Wir brauchen akzeptierte und renditestarke Standardprodukte in der privaten Altersvorsorge. Die klassische Lebensversicherung war solch ein Produkt, das Vertrauen in dieses Produkt war hoch. Doch in Zeiten extrem niedriger Zinsen lassen sich die Garantien nicht mehr darstellen. Wir müssen umdenken.

Brauchen wir überhaupt Garantien? Wer nur zwölf Jahre mit einer Anlage auf den deutschen Aktienindex durchhält, vermeidet eine negative Wertentwicklung, so die Argumentation des Verbraucherschutzes, und erwirbt faktisch eine Garantie. Bei der privaten Altersvorsorge geht es aber um 30 oder 40 Jahre, so die Argumentation weiter: Eine negative Wertentwicklung ist dann erst recht quasi ausgeschlossen. Und: Die Anleger können vom überlegenen Renditepotential der Aktien profitieren und deutlich mehr Vermögen aufbauen als mit den sogenannten sicheren Anlagen.

Die Argumentation greift zu kurz. Besser ist es, die ganze Bandbreite der Kapitalmärkte zu nutzen, nicht nur deutsche Aktien, sondern auch europäische und internationale sowie andere Anlageklassen wie Anleihen von Schwellenländern oder Edelmetalle und Rohstoffe. Dann ließe sich diese faktische Garantie wohl in deutlich weniger als zwölf Jahren darstellen.

Eingeräumt werden muss: Die Wertentwicklung der Vergangenheit stellt keine Garantie für künftige Ergebnisse dar. Japanische Verhältnisse – also ein jahrzehntelanges Warten, dass der Markt die Kurshöchststände von 1989 wieder erreichen möge – können nicht vollständig ausgeschlossen werden. Wir Deutsche erinnern uns an den Neuen Markt. Er hat sich aufgelöst, die damaligen Verluste lassen sich kaum mehr aufholen. Aber auch aus Sicht der Anleger ist eine reine Aktienanlage selbst auf lange Sicht nicht optimal. Die Präferenzen der Anleger sind unterschiedlich. Nicht jeder kann mit einer reinen Aktienanlage für die Altersvorsorge gut schlafen, wenn er im Zweifelsfall die Verluste selbst tragen muss. Hier sollte es mehr Wahlfreiheiten geben.

Erfahrungen in Beratungsgesprächen zeigen, dass je nach Komplexität der Produkte meist 10 bis maximal 30 Lösungen als Produktuniversum optimal sind. Im vertieften Kundengespräch verengt sich diese Auswahl auf drei Produkte. Ein einziges Produkt ist zu wenig. Ein staatlich verordnetes Standardprodukt hat ein weiteres Problem. Die Anlagerichtlinien sind starr. Der staatliche Rahmen ist ein Korsett und beschneidet den Anlagemanager in den Möglichkeiten, auf die Chancen und Risiken geeignet zu reagieren und im Sinne der Anleger bestmögliche Lösungen zu erzielen. Im Ergebnis dürfte viel Rendite verloren gehen, der Anleger wird mit unnötigen Risiken belastet.

Standardprodukte sind nicht die ganze Lösung. Der erste Schritt: Anleger müssen ihre Versorgungslücke kennen. Nötig ist eine Vorsorgeuntersuchung. Beim Zahnarzt sind wir es gewohnt, uns jährlich das Bonusheft abstempeln zu lassen. Geht es aber um Wohlstand und Sicherheit in der zweiten Lebenshälfte, gibt es nichts Vergleichbares. Wenn der Bürger es von sich aus nicht tut, muss der Staat nachhelfen. Das Bonusheft könnte die Lücke füllen.

Der Eingriff ist groß. Aber die Konsequenzen einer mangelnden Vorsorge sind eben auch groß. Die Fakten belegen, dass zu wenig getan wird. Das Vertrauen in den Staat ist zu hoch. Beim Renteneintritt wird der Staat nicht den Einkommenssprung nach unten abfedern, sondern viele werden nach ihrer aktiven Berufsphase in das Loch einer ungenügenden Absicherung fallen. Ein stärkeres staatliches Eingreifen scheint unumgänglich. Jeder Vierte in Deutschland, das zeigen Umfragen, teilt diese Ansicht.

Finanzberatern kommt bei der Vorsorgeuntersuchung eine entscheidende Rolle

zu. Ihr Beitrag ist wichtig. Denn das Thema Altersvorsorge ist so komplex, dass die meisten Bürger aktive Unterstützung brauchen. Die Vorstellung von Verbraucherschützern, auf Beratung zu verzichten, um Kosten zu sparen, bedeutet für die Breite der Bevölkerung Sparen am falschen Fleck.

Der zweite Schritt sind standardisierte und maßvoll regulierte Lösungen. Damit wird dem Verbraucherschutz Rechnung getragen. Es ist ähnlich wie mit Nahrungsmitteln: Auch wenn die Hersteller ein hohes Eigeninteresse haben, dass ihre Produkte als unbedenklich wahrgenommen werden, ist aus Sicht des Verbrauchers eine staatliche Regulierung notwendig. Mit Altersvorsorgeprodukten ist dies ähnlich, sie müssen geeignet sein und in einem angemessenen Rahmen halten, was sie versprechen. Mit vermögensverwaltenden Investmentfonds sind bereits gute Lösungen mit abgestuften Aktienanteilen am Markt verfügbar.

Drittens braucht es eine mit der Vorsorgeuntersuchung verknüpfte staatliche Bonifizierung. Zum einen wird die private Altersvorsorge systematisch unterschätzt und entsprechend vernachlässigt. Zum anderen kann eine unterlassene finanzielle Vorsorge den Staat, und damit die Kinder und Kindeskiner, teuer zu stehen kommen. Es lohnt sich für die Gesellschaft, positive Anreize zu setzen, um hinterher nicht aushelfen zu müssen, wenn der Vorsorgende auf staatliche Unterstützung angewiesen ist. Daneben sind weitere negative Effekte einer finanziellen Unterversorgung im Alter zu sehen, wie zum Beispiel Vereinsamung.

Für eine Bonifizierung gibt es Beispiele: vermögenswirksame Leistungen. Arbeitgeber beteiligen sich, und der Staat kann in Abhängigkeit vom Einkommen fördern. Diese Wege sind etabliert. Es ist vielversprechender, bestehende Wege auszubauen, als extra neue zu schaffen. Der Staat sorgt für den erforderlichen Schwung am Anfang und für hinreichend Schmiermittel im Regelbetrieb. Die privaten Anbieter wetteifern mit qualitativ hochwertigen und preislich konkurrenzfähigen Vorsorgelösungen um die Gunst der Kunden. Für einen gesicherten Lebensabend braucht es drei Dinge: Regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen, standardisierte Produkte und eine staatliche Bonifizierung, die sich an der Vorsorgeuntersuchung, den Einkommens- und Vermögensverhältnissen sowie an der Zweckmäßigkeit der Altersvorsorgeprodukte orientiert.

Andree Moschner ist Mitglied des Vorstands der Ergo Group und Geschäftsführer der Meag.